

Berliner Tageblatt

Ar. 54

und Handels-Zeitung

Verleger: Dr. Ernst Feder. Druck und Verlag von Rudolf Malle in Berlin.

Das stumme Duell zwischen Poincaré und Lloyd George.

Der große Schweizer Lloyd George.

Poincaré wird ungeduldet. — Die „diplomatische“ Methode bedrückt sich nicht.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

Paris, 18. Februar.

Das stumme Duell zwischen Poincaré und Lloyd George geht weiter. Auch heute früh ist nach Angabe der Zeitungen die französische Regierung noch ohne offizielle Kenntnis der englischen Entscheidung über die schwebenden Fragen. Nur in zwei Punkten scheint man weitergekommen zu sein. Aber auch diese Fortschritte sind gering und vorläufig noch nicht bestätigt. In der Orientfrage sollen nur bald die Beratungen der drei Außenminister stattfinden. Eine Idee des Reichsrats (S. 4) über die militärischen Notwendigkeiten in Kleinasien soll dem Befehl Lloyd Georges gefolgt haben. Näheres ist nicht zu erfahren, weder über die Idee selbst noch über die Art, wie die vermutete Einmütigkeit des englischen Premierministers der Pariser Regierung zur Kenntnis gebracht wurde. Demnach ist bereits es sich mit dem zweiten Punkt. Lord Curzon soll dem französischen Minister entgegengekommen sein, als er für die Vorbereitung der Sachverständigen zur Konferenz von Genoa in London vorgeschlagen hat. Die Sachverständigen der Kleinen Entente, wohl aber deren diplomatische Vertreter zuzulassen will. Diese Herren sollen nicht mitberaten, sondern nur als Beobachter den Verhandlungen folgen.

Angesichts ist über die Antwort auf das Memorandum Poincarés über die Regelung der Wiedergutmachungsfrage und über das Datum der Besprechung von Genoa noch immer nichts bestimmtes bekannt. Das der Beginn um einige Wochen verschoben wird, ist wahrscheinlich, und nach dem zweiten Satz des Kabinetts-Bonozie ziemlich gewiß. Die Entscheidung, das dessen ungeachtet Genoa am 8. März seine Güte empfangen würde, klingt ungläubig. Es ist auch an sich gleichgültig, ob die Konferenz am 8. März oder am 14. April beginnt. Das sie nicht mehr, wie Poincaré wünschte, um drei Monate oder, wie die französischen Nationalisten es wollten, auf unbestimmte Zeit vertagt werden kann, ist das Wichtigste. Die Konferenz wird stattfinden; es fragt sich nur, ob bis zu ihrem Beginn die englische oder die französische Auffassung über die Ziele der Konferenz sich durchgesetzt haben wird. Vorläufig vernehmen die französischen Zeitungen über die Lage nicht. Will Lloyd George durch die Verzögerung des englisch-französischen Vertrages Frankreich in Spannung halten, um es für Genoa gefügiger zu machen? In Frankreich wird man sich fragen, ob er nicht die Verbindungen dazu bringen, vor der Konferenz noch einmal eine Sitzung des Oberen Rates einzuberufen, weil ihm die diplomatische Methode Poincarés nicht gefällt? Diese Taktik könnte sich gegen ihn selbst wenden. Dieser liegt Gefahr, der Gefahr bereits im „Temps“ ausgedrückt wurde, liegt in der heutigen Presse wieder. Er scheint von Lini D'Orsay ausgegangen zu sein, was man über die englische Schweigsamkeit vermuten ist. Die diplomatische Methode bei den Verhandlungen hat ihren Vorzug, aber sie arbeitet etwas langsam, schreibt ein Blatt, das zur Gelogtheit Poincarés gehört, nämlich der „Matin“. Die Reichsminister machen Besuche, Noten werden geschrieben, aber Lloyd George bleibt vollkommen passiv gegenüber allen Mitteilungen, die ihm sein Außenminister täglich bringt. Es ist die allgemeine Empfindung, daß Poincaré und Lloyd George nennenswert nicht die Berührungspunkte haben, und das sie sich beständig nicht verstehen. Aus diesem Grunde erwartet man mit Spannung, was von beiden für als der Stärkere erweisen wird.

Paris, 17. Februar. (Genoa.)

Lord Curzon hat angefragt, wann er mit Poincaré zusammenkommen könne, um den Frieden im Orient zu erörtern. Diese Zusammenkunft sollte jedoch erst stattfinden, wenn der italienische Außenminister nach Paris kommen werde.

Das Ziel der Aktion Beneš.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

Wrag, 18. Februar.

Trotzdem Dr. Beneš als einer der Hauptfiguren in dem Wagnis um Genoa gilt, ist die Zielsetzung über die Wünsche seines Außenministers nur auf französische Zeitungen angelehnt. Wichtig ist der „Cos“, das Organ des Außenministers, deutet verbindlich die Wünsche Beneš an, und umschließt heute die Lage in folgender Weise: Die Konferenz in Genoa habe sich für die bedeutungslose Teilnahme Deutschlands und Russlands an der Genauer Konferenz entschieden. Dieser Entschluß ist überhastet. Damit ist auf das internationale Forum auch Russland gebracht worden, das bisher keinen offenkundigen Beweis erbracht habe, daß es sich durch die internationalen Gewissheiten und Gesetze gebunden fühle. Gegen die Teilnahme Russlands zu Verhandlungen in einer der wirtschaftlichen Fragen gewidmeten Konferenz würde nichts einzuwenden, da ohne Mitwirkung Russlands eine definitive Erneuerung Europas nicht möglich sei. Aber die deutsche und russische, auch ein Teil der italienischen und englischen Presse, wolle in Genoa auch ein Politikum sehen. Sowjetrußland habe sich jetzt bemächtigt, die Revolution in der Welt heranzuführen und habe auch noch heute in dem Gedanken, obwohl kein schlüssiger wirtschaftlicher Zustand und tatsächliche Argumente es zwingen, diese Absichten zu verfolgen. Es sehe in den bestiegen Staaten keine natürlichen Verbündeten. Ein Bündnis mit Russland sei das Ideal Deutschlands. Die Zerstückelung der Friedensverträge mit Hilfe dieses Bündnisses sei Deutschlands Ziel. Aber neben diesen physischen und politischen Voraussetzungen, die in der russischen Revolution hervorgehen, in England sei der Plan angedeutet, Deutschland die Schwere der Reparationsverpflichtungen zu erleichtern. Die Theorie

über die Notwendigkeit eines schwachen Russland, die von einigen englischen Kreisen verfaßt wurde, gebe die Anregung zur Aufhebung des Gebotens, Russland in wirtschaftlicher Hinsicht Deutschland zu überlassen. Damit würden die wirtschaftlichen Voraussetzungen für ein deutsch-russisches Bündnis erleichtert werden. Unter solchen Umständen sei es schwer begreiflich, weshalb die „nicht vollständig vorbereitete“ und deshalb für politische Intrigen geeignete Genuefer Konferenz eine neue Gelegenheit bieten solle, Deutschland und Russland, die trotz der Phobie der Verwandtschaft schon an sich einander nahe ständen, in eine Reihe zu stellen. In den Kreisen der in Prag lebenden russischen Emigranten wird trotz französischer Demütis darauf beharrt, daß zwischen Sowjetrußland und Frankreich der behauptete politische Vorvertrag abgeschlossen und auf dem Weg über Prag durch Beneš ermittelt wurde. Man behauptet sogar, daß Beneš geheim in Prag gewest habe. (Königs ist der Außenminister Kowoloffs in Prag. Die Red.)

Frankreichs Fühlungnahme mit Russland.

„Ohne Konferenz von Genoa“

(Telegramm unseres Korrespondenten)

Paris, 18. Februar.

Ein Aufsatz der Zeitung „Gabiogramme“ beschäftigt sich mit den Artikeln über französisch-russische Verhandlungen, die in deutschen Blättern erschienen sind. Neben den Mitteilungen von Theodor Wolff im „Berliner Tageblatt“ über die Zusammenkunft des Grafen de Chevilly mit Radek wird ein Artikel der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ erwähnt. Der „Sturm der deutschen Presse“ wird seltener gefunden. Wenn Deutschland nicht haben wollte, daß Frankreich sich direkt mit Sowjetrußland in Verbindung setze, so ist daraus zu folgern, daß Deutschland sich mit Sowjetrußland gegen Frankreich verbünden wolle (?). In dem Artikel Theodor Wolffs ist die Absicht zu erkennen, die öffentliche Meinung Englands gegen Frankreich aufzubringen. Dieses „Mandor“ werde verlangt, wie sämtliche ähnlichen Versuche (?), aus früherer Zeit. Dann heißt es weiter: „Es handelt sich für Frankreich nicht darum, Verträge irgendwelcher Art mit Sowjetrußland abzuschließen, sondern darum, eine Verbindung herzustellen, welche die Konferenz von Genoa als nötig erscheinen läßt. Die französische Regierung ist geneigt, mit Russland zu sprechen — aber nur zu sprechen, nicht mehr und nicht weniger, und zwar ohne Konferenz von Genoa. Wenn eine solche Unterhaltung nicht jetzt zustande kommt, dann muß sie am ersten Tage der Konferenz stattfinden. In jedem Falle kommt die Stunde, in der wir die Sowjets fragen müssen, wie sie über die Rückzahlung der russischen Schulden denken. Das muß geschehe bevor irgendein Bündnis getroffen wird. In der Kammer hat Poincaré angedeutet, daß er unmöglich davon denkt.“ Aus dieser Bemerkung des Blattes der Hochfinanz geht hervor, daß Unterhaltungen zwischen Frankreich und Russland, die in der Tat stattgefunden haben, auch wenn sie, wie die französische Regierung in ihrem Dementi behauptete, nicht offiziell gewesen sind.

Die Regierung hat eine Unterredung über die Verbreiter falscher Börsennachrichten angefaßt, die seit einiger Zeit die Pariser Börse heimsuchen. Die Tätigkeit der Verbreiter hat jetzt ein erstes Ergebnis gehabt. Der Minister des Innern, Mammour, hat zwei Ausweisungsbefehle gegen den Bankier Xibias und seinen Geschäftsführer Anatra unterzeichnet. Es sind zwei Geldleute, die angeblich mit der Sowjetregierung in Verbindung gestanden und in ihrem Interesse falsche Meldungen in die Börse lanciert haben sollen. Dem „Temps“ ist diese Annahme aber vorläufig noch nicht ganz klar, da Xibias, der geschiedener Herkunft ist, aber in Odesa ein Bankgeschäft betrieb, gerade durch die Sowjetrevolution um sein ganzes Vermögen gebracht sein soll. Er hätte also eigentlich keinen Grund dazu, für die kommunistischen Prinzipien zu wirken, von denen er auch sonst ziemlich entfernt zu sein scheint. Sein Geschäftsführer Anatra ist noch nicht aufgefunden worden. Er war behauptet auf Reisen zwischen Paris, Genf und Russland und scheint sich dadurch verdrückt gemacht zu haben. Xibias soll innerhalb drei Tagen Paris verlassen. Er protestiert gegen die Festhaltung und Paris verlassen. Er protestiert gegen die Festhaltung und Paris verlassen. Er protestiert gegen die Festhaltung und Paris verlassen.

Kein neues Stundungsgesuch.

Wie wir zu dem heute an der Börse verbreiteten Gerücht, die deutsche Regierung habe ein abermaliges Stundungsgesuch für die Reparationszahlungen gerichtet, hören, ist diese Nachricht vollkommen unzutreffend. Die Reichsregierung ist bisher ihrer Verpflichtung, die sie auf Grund des neuen Zahlungsplanes zu leisten hat, nachgekommen, und es ist zu erwarten, daß sie dies auch künftig ermöglichen wird.

(Siehe auch Seite 2.)

Die Reform der Ehecheidung und der Reichstag.

Dr. Ernst Feder.

Unter den Rechtsreformen, die Reichsjustizminister Mad. bruch kurz nach seinem Amtsantritt ankündigte, stand auch die Erneuerung des Ehe Scheidungsgesetzes. Am Justizministerium wurde ein Entwurf ausgearbeitet. Dem Rabinet ist er nicht zugegangen. Er wurde zunächst nur an die Regierung der Länder verhandelt. Aus diesem streng vertraulichen Entwurf hat dann auffalligerweise der Vertreter des bayerischen Justizministers, Staatsrat Dr. Meyer, im Haushaltsausschuß des bayerischen Landtags Mitteilungen gemacht, um die Reform fertig zu bekommen, wobei er sich auf seine Erfahrungen als Vorsitzender einer Scheidungskammer berief.

Jetzt hat an drei Tagen der Hauptausschuß des Reichstags den Justizrat beraten, wobei die Reform der Ehecheidung einen großen Teil der Erörterung einnahm. Hierbei stellte sich heraus, daß nicht nur die Vertreter der kommunistischen sowie der sozialistischen Parteien und die Demokraten, sondern auch der Volksparteiler, Universitätslehrer Professor Rahl, und der Deutschnationalen Landtagsabgeordneter Professor Barmuth, für die Reform eintreten. Ferner konnte Minister Radek darauf hinweisen, daß auch der im Ausschusse anwesende Deutschnationalen Abgeordnete Graf einmal eine kleine Anfrage in diesem Sinne gestellt hat.

Allerdings ergab die Debatte, daß innerhalb der beiden Rechtsparteien auch andere Meinungen vertreten sind. Der volksparteiliche Abgeordnete, Schriftsteller Dr. Gremer, wandte sich (freilich unter unrichtigen Voraussetzungen) gegen die geplante Vorlage, und ebenso erhob der der Deutschnationalen Volkspartei angehörige frühere Reichsgerichtsrat Dr. Rühring, dessen Ausführungen in Reichstagen stets Beachtung verdienen, Bedenken gegen eine zu weitgehende Reform. Der Vertreter des Zentrum, Landgerichtsdirigenten Schulze, endlich erklärte, daß seine Partei aus der christlichen Weltanschauung heraus einer Erleichterung der Ehecheidung nicht zustimmen könne. In diesem Widerspruch des Zentrum, der sich übrigens nicht auf die parlamentarischen Kreise beschränkt, sondern auch von hoher kirchlicher Seite geltend gemacht wird, liegt es wohl auch, daß das Reichsstatistik mit der Vorlage noch nicht befaßt worden ist.

Dabei handelt es sich nicht etwa um eine revolutionäre Erneuerung, wie sie nach der großen französischen Revolution am Gesetz von 1792 für zwei Jahrzehnte eingeführt hat, wie sie in Sowjetrußland durchgeführt ist und auch während der ungarischen Republik in der sogenannten „Büchepeter“ in Ungarn durchgeführt ist. Der Entwurf, der mit dem poltisch Möglichkeiten rechnet, geht vielmehr lediglich an die Stelle des Verschuldungsprinzips das Zerüttungsprinzip. Bisher konnte die Ehe, von Gebrauch und einigen anderen Fällen abgesehen, nur geschieden werden, wenn sie durch Verschulden des einen Teils so tief zerrüttet ist, daß dem anderen die Fortsetzung der Ehe nicht zugemutet werden kann. Nach dem Entwurf soll der Richter die Ehecheidung schon dann aussprechen, wenn die Ehe so tief zerrüttet ist, daß eine erzieherische Fortführung nicht erwartet werden kann.

Die Reform drängt. Sie sollte seinen Tag länger aufgeschoben werden. Das Scheidungsrecht des Bürgerlichen Gesetzbuches war schon veraltet, als es vor zweiundzwanzig Jahren in Kraft trat. Es war schlechter als das Gesetz der Länder, an dessen Stelle es trat. Die Scheidung sollte es erleichtern. Ein bekannter Bonner Universitätslehrer, der das Ehesystem liebte, begann seine Vorlesung über das neue Recht mit den Worten: „Meine Herren, es gibt keine Ehecheidung mehr.“ Ähnlich hatte August Bebel im Reichstag gesprochen. Der Gesetzgeber hat sich getäuscht. Die Zahl der Ehedingungen lag. In den ersten sechs Jahren nach 1900 wuchs sie von 8000 auf 12 000 jährlich. Im Jahre 1913 war die Zahl 18 000 erreicht, und im Jahre 1920 wurden über 43 000 Scheidungsprozesse anhängig gemacht.

Den Zweck einer Verminderung der Ehedingungen hat der Gesetzgeber also nicht erreicht. Die gewaltsame Zusammenhaltung zerrütteter Ehen wäre auch kein Erfolg. Es ist ein ernstes Wort, das Gustav Meib in seinem bekannten Artikel sprechen läßt: „Was Gott geschieden hat, das soll der Mensch nicht zusammenhalten.“ Aber eine andere Wirkung hat der Gesetzgeber erzielt. Er hat die Ehecheidung zu einem Lebensweg für die Parteien gemacht. Da das Gesetz die Ehecheidung stets von einem Verschulden abhängig macht, im Leben aber die Zerrüttung der Ehe keineswegs immer, nicht einmal in der Mehrzahl der Fälle aus einem Verschulden hervorgegangen ist, bekommt das ganze Verfahren den Charakter einer Unmöglichkeit. Scheinverurteilungen und Scheinprozesse sind alljährlich. Der weiche Grund wird verschleift, eine Komödie vorgeführt. Die Parteien führen das Gericht, vielfach mit Wissen der Anwälte, oft mit Zustimmung der Richter. Ein Gewissenstest ist häufig, die Gefahr des falschen Eides riesengroß. Das Verfahren selbst wirkt zerrüttend. Dem Schuldgefühl fehlt bei dieser richterlichen Disziplin notwendig die psychologische Bereinigung. Die falsche Anschauung führt zum Selbstmord, zum Selbstmord. Der Scheidungsprozeß wird zum Dorn der Defektivität. Der verhängende Teil hat eine starke Überlegenheit. Die günstige Position, die das Gesetz dem im Reichstagen Schuldlosen gibt, benutzt er oft zu erpresserischer Ausbeutung. Die unpsychologische und unökonomische Verkopplung des Schuldbruchs mit der Entscheidung über die Alimente und die Kinder entsetzt häufig in Verbindung mit dem für die Frau in vielen Fällen gaulfamen und unbilligen Güterrecht einen Kampf auf Leben und Tod.

Die Entlohnung der letzten Jahre hat diesen Zustand ver-
schärft. Viele während des Krieges eingegangene Ehen sind
zerfallen und unheilbar, ohne daß ein Verschulden im Rechts-
sinne vorliegt. Es gibt keine Rechtsmaterie, über die so viel
Schreiben und Eingaben aus allen Ständen, Berufen und
Ständen läßt, als den Jurisprudenz einlaufen. Es ist
charakteristisch, daß sich besonders Vereinigungen gebildet
haben, die der Verband Ehegerichtsreform in Köln, der Deutsche
Rechtshilfsverband in Dresden, die auf Abänderung des unrichtigen
Rechtszustandes drängen, der zerbrochene Ehen zusammenhält
oder nur auf Umwegen eine Lösung gestattet.

Zu Anlaß ist die Reform, die jetzt in Deutschland ver-
langt wird, schon durchgeführt. Das Schweizer Recht
läßt die Scheidung zu, wenn die Zerrüttung so tief ist, daß
die Fortsetzung der Ehe unerträglich ist. Nach dem schwei-
zerischen Gesetz, das seit dem 1. Januar 1921 in Kraft
trat, erfolgt die Trennung bei gegenseitiger Lebensuntüch-
tigkeit, aber auch auf Antrag eines Gatten, wenn durch Gegen-
tätigkeit in Ehegatten und Zerrüttung oder aus anderen Ur-
sachen eine tiefe und dauernde Entzweiung eingetreten ist.
Neben diese Bestimmungen hat das norwegische und das
dänische Recht. Man hat beobachtet, daß die Scheidungs-
gesetze dort am leichtesten zu erlangen sind und die Scheidung
das Eheverhältnis die größte Gleichheit gewährt.

Wir würdigen durchaus die Gewissensbedenken der Zerrüt-
tungsaktion, deren Vorherrscher nicht selbst ein
Richter in hoher Stellung ist und die Mängel des deutschen
Scheidungsrechts gewiss genau kennt. Gegen die Scheidungs-
paragrafen himmte das Zentrum geschloßen auch schon
bei der Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuches, die
übrigens eine interessante Parallele zu den heutigen
Vorwürfen darin bietet, daß damals die bayerische
Regierung die überlebende Stellung durch ihren Bundes-
ratsvollmächtigten im Reichstag verteidigen ließ. Aus
zwei Gründen scheinen uns indes die Bedenken des Zentrums
ungerechtfertigt. Die Weltanschauung, zu der sich die Partei
kennt, erkennt die staatliche Ehe überhaupt nicht an. Die
Formel, mit der der Standesbeamte heute die Ehe schließt,
daß die Verlobten „nimmere Kraft des Bürgerlichen
Gesetzbuches rechtlich verbundene Eheleute sind“,
betont gerade mit Rücksicht auf Zentrumswürdigen
den rein gesellschaftlichen Charakter der Ehe. Auch bei der
Scheidung handelt es sich also nur um die Lösung der staat-
lichen Ehe, ein Gesichtspunkt, der auch dem Katholiken die Zu-
stimmung erleichtern kann. Das Verschuldensprinzip aber, an
dem das Zentrum unter allen Umständen festhalten will, ist
durch den Scheidungsgrund der Gefährlichkeit bereits
durchbrochen.

Anlaß der Stellung, die das Zentrum heute im
Kabinett einnimmt, erscheint es uns allerdings zweifelhaft,
ob mit der Einbringung der Vorlage durch die Reichsregierung
zu rechnen ist. Ist das nicht der Fall, dann sollten sich in dieser
Angelegenheit, die keine Parteisache ist, die reform-
bereiten Abgeordneten aus allen Parteien zu einem Initia-
tivantrag zusammenschließen. Eine solche Tat wäre ein
Verdienst um das deutsche Volk. Das Weimarer Werk stellt
die Ehe als Grundlage des Familienlebens unter dem
besonderen Schutz der Verfassung und erklärt die Heirats-
verbote und sonstige Förderung der Familie für eine Auf-
gabe des Staates. Hierzu gehörte aber auch die Möglichkeit,
eine zerrüttete Ehe in würdiger Weise zu lösen. Das
Scheidungsrecht in seiner jetzigen Gestalt ist zu frei und
aufrechtendes Volk und seiner Richter nicht würdig.

Karachen bestätigt die Authentizität der Berichte Jowovks.

Das halloje Dementi Sazonovs.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)
A. Warschau, 18. Februar.

Die polnische Presse verfolgt das Prinzip, die Jowovskischen
Berichte und die ganze Erzählung darüber totzuschweigen,
da innerhalb Polens eine Rompropaganda Polnars, von
den amtlichen und die nationaldemokratische Politik als den großen
Verräter und Schlichter des Friedens und darum als Freund des
Freienden, beständigsten Hochverrats hinstellt, zu verurteilen. Gung
man deshalb schon über das kürzlich gemeldete Sazonov-Inter-

view möglichst rasch hinweg und hielt jene Entgegnung sogar für
ein sachliches Dementi der Jowovskischen Berichte, beziehungsweise
stellte es dar, so ist nicht untypisch, daß die gesamte polnische Presse
einerlei Notiz nimmt von der Ausrufung Karachens zu
einem Mitarbeiter des Warschauer Jüdischen Blattes „Heint“.
Karachen bestätigte dort mit Raddruck die Authentizität
und Echtheit der im „Berliner Tageblatt“ ab-
gedruckten Berichte, die im „Berliner Tageblatt“
und das Sazonov-Dementi nicht an der Welt schaffen konnte.

Niederlage Bonomi in der Kammer.

Dennoch ein Kabinett Bonomi ohne della Torretta?

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Vononi ist gestürzt. Das Vertrauensvotum wurde mit
295 gegen 107 Stimmen abgelehnt. Der König dürfte wie-
derum Bonomi mit der Bildung des neuen Kabinetts betrauen,
das bei wohlwollender Haltung der Sozialisten sich wohl auf die Hilfe
und die Popolari stützen wird. Der Umsturz der Kammer galt vor-
wiegend der della Torretta und dem Handelsminister Bellotti.
In der entscheidenden Kammerberatung des Nationalität
Gesetzes und die Genua-Konferenz, die Italien doch nichts Gutes
bringen werde, wenn die Regierung nicht mit realpolitischer Gesinnung
nach Genua gehe. Wenn England, Deutschland und Rußland nichts
nichts anbieten (L). Was Frankreich und die kleine Entente betrifft,
so betrachtet die Italiener diese als verloren. Bonomi habe nichts
gelan, um die Unterzeichnung der Westen zu verdienen. (Rechtlicher
Beifall.) Bonomi antwortete kurz auf diese und andere Angriffe.
In der inneren Politik habe er sich bemüht, sich unparteiisch zu sein.
Nach Genua wolle er nicht mit imperialistischen Locken mit dem
entscheidenden Gesinnung gehen. Nachdem Bonomi gestürzt habe, bestritten
sämtliche Popolari und Reformisten an der Ministerbank und drückten
den Premier die Hand.

Paris, 18. Februar. (L. U.)
Der Sturz des Kabinetts Bonomi wird von den Pariser Morgen-
blättern allgemein zugunsten einer Verschönerung der Kon-
ferenz von Genua distanzieren. Ein neues italienisches
Ministerium könnte sehr wohl erklären, daß es einige Wochen
bedürfe, um das Programm der Konferenz zu studieren und sich
darauf vorzubereiten.

Es war, wie hier geteilt schon ausgeführt wurde, zu er-
warten, daß Bonomi bei der Abstimmung über das Ver-
trauensvotum, das nur von den katholischen Popolari und den
Reformsozialisten unterstützt wurde, von neuem zu Fall
kommen würde. Das Ergebnis der gestrigen Kammerberatung
bedeutet also keine Lebensversicherung. In der obigen Meldung
muß aber der Satz noch besonders unterstrichen werden, daß
die Opposition sich vorwiegend gegen den Außenminister
della Torretta und den Handelsminister Bellotti (der kürzlich
erst seiner unmittelbaren Angriffe gegen Zeitschriften wegen
von sich reden machte) richtete. Im Berliner Lokalblatt ist
bereits auseinandergesetzt worden, weshalb della Torretta zu
geringer Sympathie in den parlamentarischen Kreisen genießt.
Bonomi hatte es aber, ebenso wie seinezeitigen Götter, die
Ausweisung des Grafen Sforza verlangt wurde, abgelehnt,
della Torretta durch einen der Kammer genehmerten Nach-
trag zu erledigen. Es erhebt sich die Frage, ob er nun,
nach mißlungener Resolution, sich noch weiter zu isolieren zu-
gehabt hätte. Damit ist die Lage verwickelter denn je
zu vor. Ein neues Kabinett Bonomi würde bei den
gegebenen Umständen nicht unter günstigen Auspizien stehen
und vor allem nicht über die erforderliche breite Vertrauens-
grundlage und Autorität verfügen können, die zur Vertretung
Italiens auf der Genuaer Konferenz unerlässlich ist. Aller-
dings würde die Berufung eines italienischen in Italienischen
neuen Außenministers, die durch die Ereignisse sehr befehligen
Man spricht seit geraumer Zeit schon von dem früheren in Berlin
lebt in London wirkenden italienischen Botschafter
de Martini und auch von dem jetzigen Berliner Botschafter
Frattini als aussichtsreichen Kandidaten auf den Minister-
stuhl in der Konfult. Der letztere würde allerdings wohl nur
bei einer Ministerpräsidentenwahl Giolittis in Frage kommen.
An brauchbaren, bewährten Kräften zur Rettung der italieni-

sehen Außenpolitik herrscht also kein Mangel. Doch, wie ge-
wagt, der Bericht auf della Torretta dürfte Bonomi recht
schwer fallen, da er ihm auch ein Verschulden im Rechts-
sinne ausgelegt werden könnte. So ist man denn
neuen am toten Punkt angelangt. De Nicola
und Orlando würde jetzt kaum ein besserer
Bescheid sein, als vor einigen Tagen.
Ein Übergangskabinett unter dem Führer der Popolari
Bella, von dem gleichfalls die Rede war, scheint ein schmäcker
Roteißel angeht, der Konfulten von Genua, Giolitti ist
sowohl sich aus den Verflechtungen der letzten Tage ent-
setzt, definitiv regierungsmüde. Pitti-Frattini ist eine
Kombination, die allenfalls in Betracht kommt — wenigstens
auch dann die Sicherung einer Majorität eine außer-
ordentlich schwierige Aufgabe wäre. Immerhin, noch sind
nicht alle Möglichkeiten erschöpft, und wir glauben, daß das
Bessere zum Glücksglück einzuweisen noch verbleibt ist. Bis
zum 18. März kann man auch in Rom zur Bestimmung kommen.

Die russisch-französischen Besprechungen.

Ein Ablehnungsverbot des Herrn de Chevilly.

(Telegramm.)

Paris, 18. Februar. (L. U.)
Der „Excelsior“ bringt ein Interview mit dem Grafen de Che-
villy, dem französischen Handelsattaché für Rußland und die Hand-
lungen, der sich kürzlich nach Deutschland begeben und, dem „Ber-
liner Tageblatt“ zufolge, mit Rabel Besprechungen hatte.
Chevilly erklärt, er ist nicht in der Lage, die Besprechungen
Zugelassen kategorisch, er sagt, es ist richtig, daß er eine
Reise nach Deutschland gemacht habe, und zwar in dem Sinne,
den seine heutige Reise nach den baltischen Ländern eine, nämlich
in sich seiner diplomatischen Eigenschaften über die formellen
Möglichkeiten zu informieren, die Rußland bietet, und auch über die
deutsch-russischen Geschäfte. Er habe aber in Deutschland und auch
anderson mit niemandem, der irgendeine der Sowjetdelegation nahe-
her sei, Besprechungen gehabt. Er habe keine Besprechungen (L)
gehabt. Er habe in Deutschland nur mit russischen Botschaftern (L)
gesprochen. (Wir behalten uns ausdrücklich vor, auf diesen Ableh-
nungsverbot des Herrn de Chevilly, dem mit allergrößter Wahrschein-
lichkeit begegnet werden muß, noch zurückzukommen. Die Redaktion.)

Der Vertreter des Aufstrebens war neuerdings in der heftigen
französischen Presse. Dieses Mal wurde ihm von der
Botschaft in kategorischer Form gesagt, daß seine Verhandlungen
zwischen Frankreich und Sowjetrußland im Gange seien, und nach-
stehende Erklärung wurde ihm dabei gegeben: „Die französi-
sche Botschaft in Berlin hat aus Paris Nachrichten über die in
letzter Zeit verbreiteten Gerüchte über ein Aufkommen Frankreichs
mit den Bolschewiken erhalten. Auf Grund dieser Nachrichten
de mentieren die französische Botschaft in Berlin in kategorischer
Form alle Mitteilungen sowohl über die Verhandlungen als auch
über den Inhalt der in der Presse erschienenen russischen
Verhandlungen mit den Vertretern der Sowjetregierung gegenüber der
Sowjetmacht nicht verändert. Frankreich wird unter
seinen Umständen getrennt von seinen Bundesgenossen mit den
Bolschewiken Verhandlungen führen, und es wird auch mit
letzteren eine Separatabkommen schließen. Die Frage
über das Verhältnis zur Sowjetregierung wird sich auf der Kon-
ferenz von Genua entscheiden. Bis zu dieser Konferenz hat
die französische Regierung nicht die Möglichkeit, in irgendeiner
Verhandlung mit den Vertretern der Sowjetregierung aufzutreten.“
Aber auch die Stellungnahme gegenüber der Sowjetmacht, die
Ausschreibung in man der französischen Botschaft der Ansicht, daß
die bisher erschienenen Nachrichten so fraglos man der bolsche-
wistischen Propaganda sind. Die Bolschewiken, so sagt man in der
Botschaft, treiben danach, einerseits eine Spaltung innerhalb der
alliierten Mächte herbeizuführen und andererseits Deutschland auf
ihre Seite zu ziehen.

* Weiter nach aus Washington, Präsident Harding habe um
ein Gutachten des Senats in der Frage des Wiederinkraft-
tretens des Vaterlandvertrages mit Deutschland vom 28. Januar
1909 erludigt.

* Die Arbeiter in Helbra beschloßen angeht der
Ablehnung ihrer Forderungen durch die Nationalistische Synodali-
tätsgesellschaft (ehemals Kaiserlich-Preussische Gewerkschaft) am
20. November in den Streit zu treten.

Aus Alt- und Neu-Berlin.

Ausstellung in der Akademie.

Heute mittag wurde die Akademieausstel-
lung mit Anwesenheit des Reichspräsidenten Max Lieber-
mann, des Kultusministers Dr. Voßwig und des
Oberbürgermeisters Wöck eröffnet.

Diese Ausstellung dient drei verschiedenen Zwecken. Dem Gedächtnis
des Bildhauer Taghner und Rauch, die als Mitarbeiter an Ludwig
Hoffmanns plastischen Bauten gewirkt haben; der Erinnerung an
Wilhelm Schinkel, dem das Berlin des 19. Jahrhunderts seine
würdevolle und anmutige Haltung verdankt; dem Hinweis auf den
schönen Besitz des Märkischen Museums an Bildern und Stichen aus
dem alten Berlin.

Vorur man aber von dem Inhalt spricht, muß der Aufbau gelobt
werden. Hier ist einmal gezeigt, wie eine Ausstellung immer gemacht
werden möchte. Alles ist in einen festen architektonischen Rahmen
gefaßt, der gleich ein ruhiges Behagen gibt. Aber die Reize der Säle
durchsichtig, gelangt, wenn das Auge von dem Steingrau der
Plastik ermdet ist, in einen Bilderraum, dessen Farben erquickend und
erst dann wieder in Räume mit Modellen, Photographien und
Stichen. Kein Stuhl ist vom anderen bedrängt. Jede Plastik zeigt
sich in dem Licht, für das sie berechnet ist.

Wir erheben besonders wichtig die Erinnerung an Schinkel. Es
ist hier oft gesagt worden, wie bedauerlich es ist, daß das Schinkel-
Museum der Technischen Hochschule fast ganz von 4 Treppen
wohnt, und daß deshalb eine solche Stelle denken, die sie kennen
müßten, unbekannt sind. Nun soll es ein Haus mit dem Kauf-
Museum zusammen bekommen (wobei noch einiges zu sagen sein
wird). Die Veranbarung, die eine Folge des geradezu perfidischen
Hasses des Kaisers gegen Schinkel war, wird also aufgehoben. Und
dieses neue Zustand wirkt hier seinen Schalten voraus. Vielleicht
wäre es richtiger gewesen, dem Bauamt, besonders den Schinkel-
bauern, mehr Raum zu geben als dem hochmütigen Baue. Eine
Ausstellung, die gemacht werden möchte, wäre, Berlin, wie es
Schinkel wollte. Der Stoff liegt in meinem Schinkel-Buch vor.
Und ganz besonders hätte es hier gezeigt zu zeigen, wie dieser Künstler
plastik und plastisches Ornament mit dem Stil seiner Bauten
verbunden hat. Aber natürlich sind auch die Neuerungen wichtig
und getragenen, die vor in der Ausstellung finden: die materialischen
Rekonstruktionen, wunderbar in Raum und Farbgebung, und die
Rekonstruktionen für Oper und Schauspiel. Von diesem Tempel aus der
„Zauberwelt“ flingt das Entzückend von den jetzigen Künsten, die
von selbst auf. Es gibt in Berlin nur noch einen Raum, in dem man

Schinkel als Dekorateur erspüren kann, den Konzentrat im Schau-
spielhaus. Da kann man sich werden auf die alte Berliner Kultur.
Die auch in den Bildern aus dem noch älteren Berlin zu hören ist,
die das Märkische Museum zeigt. Was für einen feinen ersten
Eindruck bekamen die Fremden, die über die alte Königstraße von
Brandenburg in Berlin einfuhren, wie sie das Bild von Göttingen sah
Gibt und wo es gab es fremden! Solche und ähnliche Dinge möchte
jeder Berliner kennen. Und wie häufig ist dieses geschlossene Porträt
der „Athen“, in dem Gaus für Gaus mit aller Treue eingeseichnet
ist! Traditionelle Stadt, sagen die freundlichen Süd- und West-
deutschen. Und das Schicksal ist, daß es die Berliner nachjagen.

Und ebensojenseitig bekannnt wie die guten Dinge des alten sind die
des neuen Berlin. Was wir der menschentümlichen Baugesinnung,
den seinen Kunstverständnis und der frommen Arbeit Ludwig Hoff-
manns verdanken, wie wenige wissen das von den Bauten selbst, die
wie Inseln weit verstreut in dem riesigen Häusermeer liegen. Gestalt-
lich gegen die Modelle und die schönen Photographien die Besucher
an, einmal zu diesen Häusern zu gehen. Man kann auch in Berlin
einmal etwas anfallen, Mitbürger, die ihre eure Kunstinteresse offen-
bar immer in der Handgepackte des Bildhauer Rahmholzes auf-
heben laßt, bis ihr wieder nach München reißt!

Nun komme ich zuletzt zu dem Zweck, der der Titel der Ausstellung
als ersten angibt: die Ehrgung von Hoffmanns bildnerischen Fertigkeiten.
Da es nun ist ganz klar und leicht auszusprechen, daß ich Hoffmanns
hohe Einwirkung dieser Künstler nicht teilen kann. Sie sind gewiss
höher geordnete plastische Dekorationsgewerken, mit denen bewußt
zu arbeiten mag. Die Befähigung, durch gute Gestaltung die verschieden-
sten historischen Stile, die er anzuwenden liebte, darin noch höher-
entwickelt, zu unerschöpflich hoch über den anderen seine Vorfänger
stand. Sie folgten getreu seinen wohlwollenden Anweisungen in der
Nahe, Relief, Form der Ornamente, die das Gaus verlangte. Kurz,
sie stützten auf Befehl, immer in der besonderen Mäandere
Art, wie sie etwa die Zeit brachten, einer Mischung von Mäandere
und Klassizismus. Sie poht für München ausgesprochen, in Berlin
sinn ich sie so wenig ertragen wie — das Drümlische. Sie dekorieren,
hat weder mit der Tradition noch mit dem Menschen dieser Zeit
etwas zu tun. Kurz, es ist kunstverleugend, und zwar fremdes. Das tritt
hier, wo man die Dinge nahe sieht, noch viel deutlicher hervor als
vor den Bauten. Es kommt dazu, daß sie in München insoweit
so abgeleppert worden sind, daß man schon Angst hat, die Augen
aufzuschlagen, weil diese Platten und Gungandenen nunmehr eine
ausgeprobenes Hebelteil ereignen. So ging von dieser Ausstellung in
der Nationalgalerie, und da hat mein Bild auf den Bronzengedäch-
ten von Gaus. So macht ein Künstler zu etwas. Kein, nachschaffig,
solche Kräfte von außen zu holen, lag kein Grund vor. Das aus-

zusprechen, kann keine Pleidat hindern. Und diese Mühselig auf den
Arbeiter der Häuser, zu sagen, daß diese Figuren nicht einmal
plastischen Stil haben, weil sie für den Stein Mörtel wählen, die
jedoch die Einguführung einer Plumpen und Hörenden Stütze ver-
langen. Ich stelle den Antrag, daß wir in Zukunft die Plastik für
Berliner Bauten im Hause machen lassen. Fritz Schickl.

Int. „Die Krönung Richards III.“ Unter Leipziger
Korrespondent schreibt: In eine Welt des Grauens und
Schredens führt uns der Alt-Preussische Hans Genua
Jahn mit seiner historischen Tragödie „Die Krönung
Richards III.“, die am Leipziger Schauspielhaus
zur Uraufführung kam. Diefen Autor war der Ehefeind
Richard III. noch nicht überwunden. So machte er aus
dem Helden ein Langweiler, das vor Angst und Furcht und
Gewissenspein zeitweise in Wahnsinn verfallt und fürchterliche
Morden ausbeutet. Aber damit nicht genug. Dem König stellt er die
Königin Elizabeth gegenüber, die den König nicht übertrumpft. Sie
ist eine entsetzliche Megäre, die sich eine Schär jünger Bogen hält,
den einen, besten sie überdrüssig ist, koltrieren läßt, nach dem Wen-
schaffen eines anderen liefern ist. Manahs sind auf der Bühne
berättelte Grenz gequält worden. Gegen das willige Geschick, mit
dem König und Königin auf einander losgehen, sind Erbirmungs-
epische Auseinandersetzungen sanfte, zarte Zeugnisse. Es wird
gestoht, gestochen, zum Teller hinausgeschleudert, lebendig begraben.
Genau hat der Verfasser König und Königin mit starker didaktischer
Kraft gefallert; aber das sind eben jene Menschen mehr, sondern
Zeiten, deren Heimat Dante tiefstes Inferno ist und nicht die schöne
Welt. Eine literarische Gottes Vergeltung, die aber, der Welt der Nor-
malität sich ausbreitend, die Welt des Wahnsinns in die jähren-
passiven Persönlichkeiten, wie die Bogen, die edlen Bringen, die der
Mäandere einfließen läßt. Hier vermag der Verfasser keine, keine
Jugend darzustellen, und der ältere Prinz zeigt in Unglück und
Todesnähe erhabene Geistesgröße. Ganzlich bleibt hingegen alles,
unvergleichlich bedeutend ist die Sprachgewalt des Werkes. Der Epilog
Genua Rolze über das Buch, das gegen 300 Seiten zählt,
(Acht-Band-Band) etwa acht bis fünfzig zusammen-
gefaßten und das höchstschöne, schließt, um in Geiste des
Stiles zu sprechen. Angenehm stark waren Reiff als König und
Sina Karstens als Königin. Der Reiff war bestirnt.

Wissenschaftliche Nachrichten. Der Privatdozent für Physiologie
und Neurologie an der Göttinger Universität, Dr. med. Felix
Grenz, ist zum außerordentlichen Professor ernannt worden.
Der Privatdozent für Neurologie an der Göttinger Universität,
Dr. Volkmar Winkler, ist zum außerordentlichen Professor ernannt worden.

